

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2023

des Abgeordneten Daniel Freiherr von Lützow (AfD-Fraktion)

Drucksache 7/5543

Wirken der mutmaßlich extremistischen Aktionsgruppe „Letzte Generation“ im Land Brandenburg

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Die selbsternannte Aktionsgruppe „Letzte Generation“ ist eine mutmaßlich extremistische Vereinigung von sogenannten Aktivisten aus der radikalen Umweltschutzbewegung. Auf ihrer Internetpräsenz präsentieren sich die Mitglieder dieser Gruppe als gewaltfreie und rücksichtsvolle Bürger, die das Ziel verfolgten, den staatlichen Ausbau und die Finanzierung von fossilen Brennstoffen zu stoppen.¹ Mittels Protestaktionen wie gefährlicher Eingriffe in den Straßen- bzw. Luftverkehr oder der Störung öffentlicher Betriebe, insbesondere der öffentlichen Energieversorger, versuchen die Mitglieder dieser Gruppe, ihre Ziele zu verfolgen. Infolge der von der „Letzten Generation“ durchgeführten Straßenblockaden wurden bereits in der Vergangenheit Rettungswagen an ihrem Einsatz gehindert und sogar Personen verletzt.² Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) verurteilte die Aktionen der „Letzten Generation“ und bezeichnete diese als „ernstzunehmende Straftaten“, gegen die man konsequent vorgehen müsse. Auch Bundesumweltministerin Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kritisierte die Handlungen dieser Vereinigung.³ Die Aktionsgruppe „Letzte Generation“ rechtfertigt ihren Protest hingegen als „zivilen Ungehorsam“.⁴ Sowohl auf ihrer Internetpräsenz als auch auf der Plattform Twitter droht die Gruppierung weitere Sabotageaktionen - und damit Straftaten - an und bekennt sich außerdem zu verübten Straftaten.⁵

¹ Vgl. „Macht mit!“, in: <https://letztegeneration.de/mitmachen/>, abgerufen am 03.05.2022.

² Vgl. „Klimaaktivisten blockierten Berliner Autobahnen – Rettungswagen im Stau“, in <https://www.tagesspiegel.de/berlin/erneute-demos-am-montagnachmittag-klimaaktivisten-blockierten-berliner-autobahnen-rettungswagen-im-stau/28023672.html> (31.01.2022), abgerufen am 03.05.2022 und „Die ‚Letzte Generation‘ kämpft gegen die Aufklärung“, in: <https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/klimaschutz-die-letzte-generation-kaempft-gegen-die-aufklaerung-ld.1681466> (29.04.2022), abgerufen am 03.05.2022.

³ Vgl. „Klimaaktivisten ‚Letzte Generation‘: ‚Wir werden massiv stören‘“, in: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/klima-aktivisten-letzte-generation-in-bayern-wir-werden-massiv-stoeren,SyH7kFK> (23.02.2022), abgerufen am 03.05.2022.

⁴ Vgl. „Rechtliches“, in: <https://letztegeneration.de/rechtliches/>, abgerufen am 03.05.2022.

⁵ Vgl. „Pressemitteilung“, in: <https://letztegeneration.de/presse/pressemitteilungen/>, abgerufen am 04.05.2022, und „Letzte Generation“, in: <https://twitter.com/aufstandlastgen?lang=de>, abgerufen am 04.05.2022.

Eingegangen: 07.06.2022 / Ausgegeben: 13.06.2022

So manipulierten sogenannte Klimaaktivisten der „Letzten Generation“ jüngst im Landkreis Barnim erneut eine Ölpipeline zur Raffinerie nach Schwedt. Die beiden Tatverdächtigen wurden daraufhin in Gewahrsam genommen.⁶

Bereits im vergangenen Jahr warnte der selbsternannte Berufsdemonstrant und Klimaaktivist Tazio Müller in einem Interview mit dem *Spiegel* vor einer sich zukünftig immer mehr radikalisierenden Klimabewegung. Dabei sprach er in diesem Zusammenhang auch von einer „grünen RAF“.⁷ In der Antwort auf die Kleine Anfrage Nummer 1723 räumte die Landesregierung ein, dass ihr keine Erkenntnisse vorliegen, ob Akteure der Klimaschutzbewegung im Untergrund agierten und schwere Straftaten gegen die Infrastruktur des Landes planten.⁸

Vorbemerkung der Landesregierung: Zur Erhebung der Fallzahlen für den Betrachtungszeitraum 1. September 2021 bis 18. Mai 2022 wurden alle im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) gemeldeten Straftaten mit Stand vom 23. Mai 2022 ausgewertet. Der KPMD-PMK ist eine Eingangsstatistik und unterliegt deshalb bis zum jahresbezogenen Meldeschluss (31. Januar des Folgejahres) aufgrund von Nachmeldungen/ Korrekturen im Ergebnis der Ermittlungen in den relevanten Strafverfahren einer ständigen Aktualisierung. Daher kann zu einem späteren Abfragezeitpunkt zum selben Recherchezeitraum eine andere Fallzahl zu verzeichnen sein. Im Rahmen des KPMD-PMK wurden alle Straftaten im genannten Betrachtungszeitraum mit Hilfe einer freitextlichen Recherche nach den Begriffen „Letzte“ und „Generation“ überprüft.

Frage 1: Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die mutmaßlich extremistische Aktionsgruppe „Letzte Generation“, insbesondere über deren Ziele, Anhänger und Wirken in Brandenburg?

zu Frage 1: Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen geht das Bündnis „Aufstand der letzten Generation“ auf eine von „Extinction Rebellion“ (XR) organisierte Aktionswoche unter dem Motto „AugustRiseUp“ im August 2021 in Berlin zurück. Eine Gruppe trat nach der offiziellen Beendigung der Aktionswoche in einen Hungerstreik und bezeichnete sich als „Letzte Generation“. Erste Forderungen zielten auf Gespräche mit den damaligen Kanzlerkandidaten, auf ein sogenanntes „Essen-Retten-Gesetz“ und auf eine Agrarwende hin zu nachhaltiger Landwirtschaft ab.

Im Dezember 2021 kündigte die Gruppierung Autobahnblockaden für den Januar 2022 an, falls ihre Forderungen bis Ende des Jahres nicht umgesetzt würden. Daraus resultierend kam es seit Ende Januar 2022 hauptsächlich in Berlin regelmäßig zu Autobahn- und Straßenblockaden, bei denen entsprechende Plakate mitgeführt wurden und die Teilnehmenden sich festklebten. In Brandenburg wurden Mitglieder dieser Gruppierung erstmals im September 2021 durch Störung von Wahlkampfveranstaltungen festgestellt.

⁶ Vgl. „Klimaaktivisten manipulieren erneut Ölpipeline nach Schwedt“, in: <https://www.berliner-zeitung.de/news/klimaaktivisten-manipulieren-erneut-oelpipeline-nach-schwedt-li.225308> (01.05.2022), abgerufen am 03.05.2022.

⁷ Vgl. „Wer Klimaschutz verhindert, schafft die grüne RAF“, in: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/tazio-mueller-wer-klimaschutz-verhindert-schafft-die-gruene-raf-a-5e42de95-eaf2-4bc1-ab23-45dfb0d2db89> (21.11.2021), abgerufen am 24.11.2021.

⁸ Vgl. Drucksache 7/4901, S. 4.

Im Februar 2022 wurden die Aktivitäten mit Blockade- und Störaktionen, unter anderem im Bereich von Häfen und Flughäfen, auf das Bundesgebiet ausgeweitet. Im Land Brandenburg kam es am 23. Februar 2022 und am 25. Februar 2022 zu einer Blockade des Flughafens BER und zu versuchten Eingriffen in den Luftverkehr durch Mitglieder des Bündnisses. Weitere Blockaden wurden aus Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Hessen bekannt.

Unter der Überschrift „Ankündigung: Pipelines abdrehen - Brief an die Bundesregierung“ wurde am 19. April 2022 ein Schreiben im Internet⁹ veröffentlicht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, per öffentlicher Ankündigung „den fossilen Wahnsinn zu stoppen“ und zuzusichern, dass sie „allen Ausbau und die Finanzierung von zukünftiger fossiler Infrastruktur stoppen“ wird. Bei Nichterfüllung der Forderung wurde mit dem „Abdrehen“ von Öl- und Gaspipelines gedroht. Seit dem 27.04. April 2022 wurden danach bundesweit und auch im Land Brandenburg wiederholt Angriffe auf Öl- und Gasleitungen durch Mitglieder des Bündnisses registriert.

Der Landesregierung ist bislang ein kleiner agierender Personenkreis bekannt, der in kurzer Zeit mit hoher Frequenz Straftaten begeht. Darunter befinden sich einzelne Akteure aus Brandenburg, welche auch in anderen Bundesländern in Erscheinung treten, jedoch keine Bezüge zu anderen Strukturen oder Organisationen aufweisen. Bundesweit dürfte es sich derzeit um eine niedrige dreistellige Zahl an bislang festgestellten Akteurinnen und Akteuren handeln.

Die Aktivistinnen und Aktivisten zielen auf eine größtmögliche gesellschaftliche Aufmerksamkeit für die eigens bestimmten Themenfelder. Mit der Inszenierung und Publizierung von Ultimaten an die Bundesregierung und der Selbstbezeichnung als „Letzte Generation“ soll eine zusätzliche gesellschaftliche Emotionalisierung erreicht werden.

Frage 2: Wird die Aktionsgruppe „Letzte Generation“ bereits vom brandenburgischen Verfassungsschutz beobachtet? (Bitte näher ausführen.)

Frage 3: Werden bereits Anhänger der Aktionsgruppe „Letzte Generation“ vom brandenburgischen Verfassungsschutz beobachtet? Wenn ja, wie viele, seit wann und warum?

zu den Fragen 2 und 3: Aussagen zu Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes über die Darlegungen und Bewertungen im jährlichen Verfassungsschutzbericht hinaus sowie zur Arbeit bzw. Arbeitsweise des Verfassungsschutzes können ausschließlich im Rahmen der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) erfolgen. Die PKK ist fortlaufend über wesentliche Bewertungen zu unterrichten.

Die Kenntnis, ob eine Gruppierung Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes ist, oder sich in entsprechender Vorprüfung befindet, legt - in der Summe der Anfragen und ihrer jeweiligen Detailliertheit - grundlegende operative und taktische Arbeitsmethoden des Verfassungsschutzes offen. Diese sind jedoch - zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit - geheimhaltungsbedürftig.

⁹ <https://letztegeneration.de/blog/2022/04/ankundigung-pipelines-abdrehen-brief-an-die-bundesregierung/>, abgerufen am 19.05.2022

Insbesondere in Fällen personell kleinerer Bezugsgruppen zu einer in der Kleinen Anfrage vermuteten bzw. unterstellten Beobachtung kann eine Offenlegung nicht erfolgen, da dies für die damit assoziierten Personen einen ganz erheblichen Eingriff in ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung und ihr allgemeines Persönlichkeitsrecht darstellt. Angaben dazu, welche Anhängerinnen und Anhänger der Gruppierung „Letzte Generation“ bekannt sind, können im Rahmen der Beantwortung einer Kleinen Anfrage aus Gründen des Daten- und Geheimhaltungsschutzes nicht gemacht werden.

Die Landesregierung hat vor dem Hintergrund der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen keine rechtliche Grundlage, personenbezogene Daten zu übermitteln. § 27 Absatz 1 des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes regelt zudem, dass eine Übermittlung von personenbezogenen Daten im Rahmen von parlamentarischen Anfragen nicht zulässig ist, wenn dies wegen des streng persönlichen Charakters der Daten für die betroffene Person unzumutbar ist oder wenn der Eingriff in ihr informationelles Selbstbestimmungsrecht unverhältnismäßig ist.

Frage 4: Wie viele Straftaten konnten die brandenburgischen Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit der Aktionsgruppe „Letzte Generation“ in Brandenburg registrieren? (Bitte nach Tatort, Delikt, Tatzeit und Verfahrensstand ausweisen sowie den Kurzsachverhalt angeben. Sofern die verübten Straftaten durch den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in den Bereich „politisch motivierte Kriminalität“ eingeordnet wurden, bitte den jeweiligen Phänomenbereich angeben.)

zu Frage 4: Unter Verweis auf die Vorbemerkung bewertet das Polizeipräsidium bislang 14 Straftaten im Sinne der Fragestellung. Eine dezidierte Auflistung der Straftaten ist der Anlage zu entnehmen.

Frage 5: Wie schätzen die brandenburgischen Sicherheitsbehörden das von der Aktionsgruppe „Letzte Generation“ ausgehende Gefahrenpotenzial für die Kritische Infrastruktur des Landes ein?

zu Frage 5: Es ist davon auszugehen, dass die Gruppierung auch in Zukunft im Land Brandenburg mit weiteren öffentlichkeitswirksamen versammlungsrechtlichen bzw. strafbewährten Aktionen in Erscheinung treten wird. Grundsätzlich ist bei der Wahl der Modi Operandi bzw. der Tatmittel von einer hohen Kreativität auszugehen, wobei der Landesregierung keine Erkenntnisse vorliegen, die auf eine Steigerung der Deliktsqualität schließen lassen.

Frage 6: Hat die Landesregierung seit der Beantwortung der Kleinen Anfrage Nummer 1723 neue Erkenntnisse über das Wirken militanter Klimaschutzbewegungen in Brandenburg? (Sofern dies der Fall sein sollte, schließt sich die Frage an, welche Umweltgruppen die brandenburgischen Sicherheitsbehörden neben dem linksextremistischen Bündnis „Ende Gelände“ als militant einstufen.)

zu Frage 6: Derzeit liegen keine neuen Erkenntnisse über das Wirken militanter Klimaschutzbewegungen im Land Brandenburg vor. Das aktuell im Land Brandenburg aktive Bündnis „Letzte Generation“ wird gegenwärtig nicht als militant klassifiziert.

Frage 7: Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über das aktuelle Wirken der links-extremistischen Bewegung „Ende Gelände“ in Brandenburg? Sind Teile bzw. Anhänger dieser Bewegung möglicherweise sogar in der Aktionsgruppe „Letzte Generation“ aufgegangen?

zu Frage 7: Der Landesregierung liegen aktuell keine Erkenntnisse zu Aktivitäten der Bewegung „Ende Gelände“ im Land Brandenburg vor. Personelle Überschneidungen von Mitgliedern der Bündnisse „Ende Gelände“ und „Letzte Generation“ sind bislang nicht belegbar.

Frage 8: Wie stuft die Landesregierung das Gefährdungspotenzial der mutmaßlich extremistischen Aktionsgruppe „Letzte Generation“ hinsichtlich der Radikalisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein?

zu Frage 8: Klima- und Umweltschutz stellen klassische Betätigungsfelder der linken bzw. linksextremistischen Szene dar. Die Sicherheitsbehörden bearbeiten und prüfen kontinuierlich Informationen über eventuelle extremistische Einflüsse auf Protestbewegungen, die im Zusammenhang mit dem Klimaschutz aktiv sind. Innerhalb eines Jahres konnte die Bewegung „Letzte Generation“ ihr Betätigungsfeld von Berlin aus bundesweit ausdehnen und Unterstützinnen und Unterstützer sämtlicher Altersgruppen gewinnen, die sich für ihre Beteiligung an Aktionen des Bündnisses auch Strafen und Schadensersatzansprüchen aussetzen.

Anlage/n:

1. Anlage

Straftaten der Gruppierung "Letzte Generation"

lfd. Nr.	Tatzeit	Delikt (§§)	Tatort	Phänomenbereich	Verfahrensstand	Kurzschverhalte
1	09.09.2021	§ 123 StGB	Ludwigsfelde	links	Einstellung § 170 II StPO	Am Tattag erschienen drei Personen bei einer Gesprächs- und Diskussionsveranstaltung im Rahmen des Wahlkampfs, an der auch der damalige Bundesminister der Finanzen Scholz teilnahm, und störten die Veranstaltung durch Zwischenrufe und das Zeigen von Transparenten mit Bezug zur Klimakrise. Strafanträge wegen Hausfriedensbruchs wurden nicht gestellt bzw. zurückgenommen.
2	17.09.2021	VersG	Potsdam	links	Einstellung § 170 II StPO	Fünf Personen störten eine Wahlkampfveranstaltung des damaligen Kanzlerkandidaten Scholz durch lautstarke Zwischenrufe und begaben sich mit Transparenten auf die Bühne, in denen Bezug zum damaligen Hungerstreik von Klimaaktivisten genommen wurde.
3	23.02.2022	VersG	BER Schönefeld	links	Ermittlungen dauern an	Ca. 15 Personen hielten sich teilweise mit Transparenten auf der Flughafenzufahrt zum BER in Höhe des Terminals 2 auf, ohne dass die Versammlung zuvor angemeldet worden war.
4	25.02.2022	§ 315, 315a StGB	BER Schönefeld	links	Ermittlungen dauern an	Drei Beschuldigte begaben sich zum östlichen Ende der Startbahn Süd des Flughafens Schönefeld. Mittels eines Bolzenschneiders durchtrennten sie den Zaun, so dass eine der beschuldigten Personen durch den Zaun den Luftsicherheitsbereich betreten konnte und sodann mit einem Ballon in Richtung der Startbahn Süd lief.
5	22.03.2022	§ 240 StGB	Grünheide	links	Ermittlungen dauern an	Am 22.03.2022 wurde die TESLA Gigafactory in Grünheide feierlich eröffnet. Gegen 13:15 Uhr setzten sich 19 Personen im Bereich der Einfahrt A des Firmengeländes zu einer Sitzblockade nieder. Vier von ihnen klebten sich mit Sekundenkleber auf der Fahrbahn fest.
6	27.04.2022	§ 316b StGB	Trampe	links	Ermittlungen dauern an	Drei Beschuldigte versuchten die umfriedete Schieberstation einer Raffinerie zu betreten.

Straftaten der Gruppierung "Letzte Generation"

lfd. Nr.	Tatzeit	Delikt (§§)	Tatort	Phänomenbereich	Verfahrensstand	Kurzschverhalte
7	27.04.2022	§ 316b StGB	Berkholz-Meyenburg	links	Ermittlungen dauern an	Zwei Beschuldigte begaben sich auf das umzäunte Gelände einer Raffinerie. Eine der Beschuldigten kettete sich an ein Schieberrad und klebte eine Hand an den Schieber.
8	19.04.2022	§ 105 StGB	Eberswalde	links	Vorlage an den GBA zur Prüfung der Übernahme	Unbekannte Personen veröffentlichten auf der Internetseite des Bündnisses "Aufstand der letzten Generation" ein Schreiben, in welchem die Bundesregierung aufgefordert wurde, den "fossilen Wahnsinn zu stoppen". Im Falle der Nichterfüllung der Forderung wurde mit dem Abdrehen von Öl- und Gaspipelines gedroht.
9	01.05.2022	§ 316b StGB	Liepe	links	Abgabe an die StA Neuruppin, verfügt am 17.05.2022	Polizeibeamte stellten bei einer Schieberstation bei Liepe Personen fest, welche die dortige Umfriedung der Station überstiegen haben. Diese Personen ketteten sich an der Absperranlage fest.
10	03.05.2022	§ 316b StGB	Schwedt/Oder	links	Ermittlungen dauern an	Zwei Beschuldigte überkletterten die Umzäunung eines Raffineriegeländes. Die Beschuldigten begaben sich zur Schieberstation, um dort die Ölleitung zuzudrehen, was jedoch nicht gelang.
11	09.05.2022	§ 123 StGB	Schwedt/Oder	links	Ermittlungen dauern an	Neun Beschuldigte begaben sich mit Transparenten und Bannern in die Nähe des Haupteingangs bzw. einen Parkplatz der PCK Raffinerie GmbH.
12	09.05.2022	§ 316b StGB	Berkholz-Meyenburg	links	Ermittlungen dauern an	Zwei Beschuldigte überkletterten die Umzäunung eines Raffineriegeländes. Die Beschuldigten begaben sich zur Schieberstation um dort die Ölleitung zuzudrehen, was jedoch nicht gelang.
13	11.05.2022	§ 316b StGB	Hangelsberg	links	Ermittlungen dauern an	Die Beschuldigten verschafften sich Zutritt auf das Gelände einer Erdölschieberstation. Dort ketteten und klebten sie sich an der Schiebeanlage fest.
14	11.05.2022	§ 316b StGB	Trampe	links	Ermittlungen dauern an	Die Beschuldigten stiegen über die Umfriedung der Schieberstation und drehten hier eine Pipeline zu.